



Presseerklärung

Nummer 9 vom 15. Januar 2016 (akt. 17. Januar 2016)
Seite 1 von 1

Hausanschrift
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 – 3170
FAX +49 (0)30 18 529 – 3179

pressestelle@bmel.bund.de
www.bmel.de

Wiederholung aufgrund aktueller Berichterstattung

Schmidt unterzeichnet Vereinbarung mit dem Iran

Anlässlich der Internationalen Grünen Woche hat sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zu einem bilateralen Gespräch mit seinem iranischen Amtskollegen Mahmoud Hojjati getroffen. Im Rahmen des Treffens unterzeichneten die Landwirtschaftsminister beider Länder eine Absichtserklärung zur umfassenden Zusammenarbeit. Ziel der Erklärung ist die Etablierung einer Zusammenarbeit beider Häuser, unter anderem in den Bereichen Handel, Agrarforschung, Ausbildung und nachhaltige landwirtschaftliche Produktion. Zur Umsetzung dieser Ziele werden folgende Maßnahmen ergriffen: gegenseitige Beteiligung an Messen, Ausstellungen, Arbeitsgruppen und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sowie die Förderung direkter Geschäftsbedingungen von Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft.

Bundesminister Christian Schmidt erklärt dazu:

„Mit dem Ende der Sanktionen gegen den Iran wird ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufgeschlagen – auch im Agrar- und Ernährungssektor. Unsere Vereinbarung bildet das Fundament einer zukünftigen nachhaltigen Kooperation im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft. Wir wollen an die langjährige gute Zusammenarbeit mit dem Iran wieder anknüpfen. Bereits im April wird mein Ministerium an einer wichtigen Landtechnikmesse in Shiraz teilnehmen. Wir werden die Messe auch mit einer Wirtschaftsdelegation besuchen. Mein Ziel ist es, der deutschen Wirtschaft den Weg zu ebnen für direkte Geschäftsbeziehungen und gleichzeitig die politischen Kontakte auszubauen. Ich selbst werde noch im ersten Halbjahr in den Iran reisen, um diese politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Leben zu füllen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass Sanktionen durchaus Wirkung entfalten können. Wenn die politischen Ziele erreicht sind, können Sanktionen auch wieder beendet werden.“